Gemeindeverwaltung Worb
Präsidialabteilung
Bärenplatz 1, Postfach
3076 Worb

T +41 31 838 07 00
info@worb.ch
www.worb.ch

Worb
Verbindet.Uns.

Parlament

Worb, 13. Oktober 2026

441. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 12. Oktober 2026, 19:30 Uhr
Sitzungsende	21:20 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Leitung	Marchand Andy (FDP), Präsident
1. Vizepräsidentin	Moser-Utiger Silvia (EVP)
2. Vizepräsident	Bützberger Ernst (Mitte)
1. Stimmenzählerin	Günther Charlotte (SP)
2. Stimmenzähler	Steinmann Hans Ulrich (SVP)
Mitglieder	Ataç Şengül (Grüne) Brincker Julia (Grüne) Burkhard Urs (Grüne) Kühni Reto (Grüne) Mosimann Heidi (Grüne) Schär Theresia (Grüne) Bieri Marianne (FDP) Eberhart Marc (FDP) Föhse Martin (FDP) Hager Rolf (FDP) Stucki Daniel (FDP) Cetin Christopher (EVP) Cetin Mayk (EVP) Gerber Patrick (Mitte) Graf Stefan (GLP) Jost-Pfister Catarina (GLP) Spahr Daniela (GLP) Stähli Naemi (Mitte) Wyss Eduard (Mitte) Bigler Markus (SVP) Brentani Barbara (SVP) Fivian Hans Ulrich (SVP) Juliano Philipp (SVP) Meister Stefan (SVP) Moser Stefan (SVP) Reber Markus (SVP) Thomet Katharina (SVP) Wenger-Steiger Sybille (SVP) Federer Guido (SP) Hodler Adrian (SP) Marthaler Matthias (SP) Maurer Rolf (SP) Wirth Alfred (SP)

Abwesend	Wyss Ursula (SP) Zürcher Deborah (parteilos)
Gemeinderat	Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Fivian Bruno Gerber-Maillefer Myriam Hauser Adrian Lanfranconi Elena Moser Christoph Zingg Stephan
Abteilungsleitende	Begert-Ammon Anita, Leiterin der Finanzabteilung Reusser Christian, Gemeindeschreiber
Sekretariat	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter
Protokoll	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Geschäfte

1.	12/0/0	Parlament Mitteilungen
2.	12/0/0	Parlament Protokoll der Sitzung vom 7. September 2026: Genehmigung
3.	21/10	Budgets Budget 2027: Genehmigung
4.	21/0	Finanzplanungen Finanzplanung 2027 – 2031: Kenntnisnahme
5.	31/40	Öffentlicher Verkehr, Fahrpläne "Zoneneinteilung des öffentlichen Verkehrs auf dem Gemeindegebiet Worb", einfache Anfrage der FDP-Fraktion: Stellungnahme
6.	12/0/0	Parlament Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Traktandenliste

Feststellung:
Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 441	12.10.2026	1	2025/28-117	38856	12/0/0

Parlamentspräsident Marchand Andy: Danke für eure Anmeldungen für den Parlamentsausflug vom kommenden Freitag, die meisten sind eingegangen. Ich bin vorhin auch gerade gefragt worden, ob man sich noch anmelden könnte. Falls jetzt jemand noch nachziehen will oder noch eine Anmeldung hat, das Formular ist heute noch gerade offen, ich mache morgen eine definitive Meldung für die Besichtigung am Nachmittag und auch für das Nachtessen. Wenn sich jetzt noch jemand kurzfristig anmelden will, dies wäre über den Link noch möglich. Ansonsten würden wir uns am Freitag zum gemeinsamen Ausflug treffen.

Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Ich informiere euch über die Basisstufe in Vielbringen. Zuerst vielleicht eine Begriffsklärung, was eigentlich eine Basisstufe ist. Die sogenannte Basisstufe besteht aus den zwei Kindergartenjahren und der ersten und zweiten Klasse, also vier Jahrgänge, die dort zusammen sind. Sie gilt als pädagogisch wertvolles Modell, allerdings richten sich Schulmodelle selten nach der Pädagogik, sondern vielmehr nach der Arithmetik. Vor einem guten Jahr sind die Schulleitung Rüfenacht, der Schulinspektor und ich zusammengesessen. Dabei ist es um die Zukunft der Basisstufe in Vielbringen gegangen. Damit man eine solche Klasse führen kann, verlangt der Kanton mindestens 18 Schülerinnen und Schüler. Aktuell besuchen 19 Kinder die Basisstufe in Vielbringen. In den nächsten Jahren aber sieht es böse aus. Im Schuljahr 2027/2028, dies ist jetzt in der Planung, sind es noch 14 in den folgenden Jahren 12, nachher 14 und nachher 13 Kinder. Schon damals hat der Schulinspektor gesagt, dass er eine Klasse mit so wenigen Schülerinnen und Schülern nicht bewilligen kann und man damit die Basisstufe in Vielbringen schliessen muss. Zu Beginn des aktuellen Schuljahres informierte die Schulleitung die Eltern der Basisstufenkinder in der Einladung zu einem Elternabend, dass die Basisstufe Vielbringen wahrscheinlich auf das Schuljahr 2027/2028 geschlossen werden müsse. Da ist ein Brausen durch Vielbringen gegangen, man hat es bis auf Worb gespürt. Schnell hat sich eine Elterngruppe gebildet, welche die Schliessung der Basisstufe unter allen Umständen verhindern wollte. Kurz daraufhin hat sich auch der Dorfverein Vielbringen mit dem gleichen Ziel an mich gewandt. In Vielbringen kursierte das Gerücht, der Moser wolle die Schule Vielbringen schliessen. Das war ein bisschen überhöht, denn darum geht es absolut nicht. Der Schulstandort Vielbringen ist in keiner Weise gefährdet, auch wenn man die Basisstufe wegnehmen würde, so hätte es noch lange genügend Kinder in der 3. bis 6. Klasse, dass man diese in Vielbringen führen würde. Unmittelbar setzten wir uns mit der Delegation der Elterngruppe zusammen. Es ist mir wichtig zu betonen, dass die Gespräche in einer absolut sachlichen, angenehmen und gegenseitig respektvollen Atmosphäre stattgefunden haben. Dies gilt auch für die Kommunikation mit dem Dorfverein. Das Departement Bildung hat anschliessend mit dem Schulinspektor die Situation erörtert. Ich selbst war fest entschlossen, eine Lösung zu finden, damit man die Basisstufe in Vielbringen erhalten kann. Wir sind tatsächlich fündig geworden. Wir haben das aktuelle Bildungsreglement studiert und nachgesehen, was dieses eigentlich erlaubt. Die Klasseneinteilung der Schülerinnen und Schüler liegt in der Kompetenz der jeweiligen Schulleitungen. Der Gemeinderat kann eine Schulleitung, in unserem Fall die Schulleitung Rüfenacht, ermächtigen, Kinder aus Rüfenacht nach Vielbringen einzuteilen. Diese Situation ist nicht neu, die gab es schon vor ein paar Jahren, als die Schulanlage Rüfenacht zu klein war. Rüfenacht hatte zu wenig Platz für die Kinder, die da waren. Dann hat man einfach eine Klasse oder so, in Vielbringen für eine gewisse Zeit einquartiert. Die Kinder hatten nicht so Freude und die Eltern noch weniger. Als es dann wieder nach Rüfenacht ging, hat eigentlich auch niemand Freude gehabt, denn sie haben sich in Vielbringen so gut eingelebt und haben das so toll gefunden, dass sie am liebsten nicht mehr zurückkommen wollten. Der Gemeinderat hat an seiner letzten Sitzung dem Antrag der Bildungskommission, die Schulleitung in Rüfenacht zu ermächtigen,

Kinder aus dem Dorf Rüfenacht in die Basisstufe Vielbringen einzuteilen, zugestimmt. Somit kann also die Basisstufe in Vielbringen bleiben. Die Schulleitung wird mindestens vier Kinder, es braucht vier bis sechs Kinder, aus Rüfenacht nach Vielbringen einteilen. Ich betone, dass diese Zuteilung allein in der Kompetenz der Schulleitung liegt und nicht in der Kompetenz der Eltern oder von wem auch immer. Es gibt keine freie Schulwahl. Unsere Lösung entspricht sowohl den kantonalen wie auch den kommunalen rechtlichen Vorgaben. Ich bin enorm glücklich, dass der Gemeinderat dieser Lösung zugestimmt hat und dass die Basisstufe in Vielbringen bleiben kann. An dieser Stelle danke ich auch dieser Elterngruppe und dem Dorfverein Vielbringen für den lösungsorientierten Umgang mit uns vom Departement Bildung.

Fivian Bruno, Departementsvorsteher Bau: Ich habe an der letzten Sitzung von euch einen Auftrag erhalten. Ernst hat mir einen Auftrag gegeben. Ich will diesem umgehend nachkommen. Ich habe eine kleine Präsentation vorbereitet. Es geht um den Stand der Gesamtsanierung des Oberstufenzentrums Worbboden. Das Bild im Hintergrund, welches ihr seht, zeigt das Oberstufenzentrum noch im alten Zustand. Zuerst zu den geplanten und erreichten Meilensteinen, die wir bereits hinter uns haben. Wir hatten im Dezember 2025 den Baustart mit dem Schulprovisorium, welches aufgestellt wurde. Dann hatten wir im März den Umzug in das Schulprovisorium, das hat gut funktioniert. Einige von euch haben das Schulprovisorium besichtigt. Dann im April hat der Baubeginn im Klassentrakt stattgefunden. Man hat gesehen, dass der Klassentrakt eingerüstet und Baustrassen erstellt wurden. Man hat mit dem Abbruch begonnen. Im Juni war der Baubeginn des Turnhalle- und Aulatrakts. Bereits im April und Mai hat die Altlastensanierung stattgefunden, also Asbestrückbau. Da war relativ viel Asbest vorhanden. Dann im Mai und Juni haben die Abbrüche der Haustechnik und der Innenwände stattgefunden. Im Juni und Juli sind Wand- und Deckendurchbrüche gemacht worden sowie viele Kernbohrungen, die es für die Minergie Lüftung braucht, welche im Oberstufenzentrum Worbboden eingebaut wird. Im Juni hat man mit dem Abbruch der Fassaden begonnen, das ist relativ schnell gegangen. So konnte man bereits Ende August, Anfang September mit der Montage der Fassadenbrüstungen beginnen, also der Vorbereitungen für das Einhängen der neuen Fassadenelemente. Im Oktober sind wir im Moment. Aktuell werden die Fassaden- und Fensterelemente wieder angebaut. Wir sehen das nachher noch auf einem Bild, wie das genau funktioniert. Dann ist man im Moment auch bei den Bedachungen dran, also Flachdach- und Spenglerarbeiten, die aktuell vorgenommen werden. Im Innenraum finden von Oktober bis Dezember Arbeiten an den Elektro-, Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärinstallationen statt. Ebenfalls anwesend sind im Moment die Gipser. Diese haben viel zu verputzen, da die Decken zum Teil neu gemacht werden. Dann kommen wir schon zum Ausblick auf die Bautermine 2027. Dort kann man im Moment sagen, dass sämtliche Arbeiten nach Plan laufen. Es gibt auch im Bauprogramm im Moment keine Verzögerungen. Es wurde alles sehr gut geplant. Wenn es so weitergeht und nichts Unvorhergesehenes dazwischenkommt, sollte eigentlich im Sommer 2027 der Umzug in die neue Schulanlage auf das neue Schuljahr 2027/2028 stattfinden können. Es ist vorgesehen, dass die Umgebungsarbeiten erst nach dem Bezug fertiggestellt werden. Wir kommen zum Ausschreibungsstand: 92% aller Ausschreibungen wurden bereits getätigt. Ich gehe davon aus, dass gerade die vorhin angesprochenen Aussenarbeiten, Gärtnerarbeiten, noch offen sind. Da habe ich bisher noch nichts signiert. Zudem ist 90% des Auftragsvolumens bereits vergeben. Nun kommen wir noch zum fast wichtigsten aller Punkte, und zwar einerseits zum Kostenstand des Provisoriums. Dort hatten wir einen Kostenvoranschlag von 2,8 Mio. Franken. Dies ist der Betrag, welcher vom Stimmvolk auch angenommen wurde. Aktuell ist die Endprognose bei gut 2,2 Mio. Franken, da wir einen sehr guten Vergabeerfolg einfahren konnten. Wir konnten den Auftrag für das ganze Container-Provisorium für rund 600'000 Franken weniger vergeben, als vorgesehen war. Nun zum Kostenstand des Klassentrakts, der Aula und der Turnhalle, bekanntlich liegt der Kostenvoranschlag bei rund 23'270'000 Franken. Die Endprognose beläuft sich aktuell auf rund 22'093'000 Franken. Wir haben dort Vergabeerfolge und Reserven, die sich aktuell auf knapp 1,2 Mio. Franken belaufen. Jetzt kommen wir noch zu diesen Bildern. Das war während des Baustarts. Der Klassentrakt ist bereits eingerüstet und wir sehen einen grossen Container, um die alten Elemente wegzuführen. Hier seht ihr den Eingangsbereich, wo direkt die ganze Front herausgenommen ist. Man steht da im Prinzip im Eingangsbereich und dort bei dem Block wäre eigentlich der Ausgang gewesen. Da ist alles weg, die ganze Front wurde herausgenommen. Dann haben wir die schön abgedeckten Klinkerböden, weil diese nicht saniert werden. Dann sehen wir aus dem Abbruchszenario, wie die Böden entfernt sind. Da sind schon Elektroinstallationen gemacht worden. Da sehen wir das Überbleibsel der Altlastensanierungen, das Fliesenschild beim Zimmerlavabo, wo auch Asbest im Fliesenkleber war. Dann auch hier sieht man an gewissen Wänden, wo jetzt Betonwände ersichtlich sind, wurde der Verputz eigentlich bis auf den Grund abgeschlagen. Auch dort hatte man Altlasten drin, die man entfernen musste. Hier haben wir bereits neue Installationen für die Heizung. Hier sieht man den Rest einer Fassadenfront, die bereits weg ist.

Man sieht also hier eigentlich nur noch die Stahlstütze, die Brüstung und die Betondecke. Da sieht man die Flachdachsanierung mit der Aufisolierung und dem Verschweissen des neuen Flachdachs. Nachher kommen noch die Spenglerarbeiten. Hier unten sieht man bereits die vormontierten Haltungen für die neuen Fassadenelemente. Da sieht man bereits einen Teil eines neuen Fassadenelements, welches schon eingebaut ist. Hier sieht man noch ein bisschen näher die Montageschienen, die in den Beton eingeschraubt werden. Das wäre jetzt zum Zeigen, wie man es dort an dieser Betondecke anschrauben würde. Anschliessend wird isoliert und auf dem nächsten Bild sieht man, wie das Fassadenelement mitsamt dem Storenkasten und der Store eingehängt wird, einfach mit einem viel besseren Isolationsstandard, als es vorher war. Auch hier noch ein Ausschnitt von diesen Stahlstützen, wo die alten Elemente befestigt waren. Hier ist die Isolationsstärken zu sehen, genauso, wie es sein muss. Dann sieht man die Turnhalle. Auch dort ist alles eingerüstet, die Fassadenelemente sind ausgebaut, sodass man mit den Neuen nachher kommen kann. Von aussen noch, die schönen Absperrungen, dass keine Drittpersonen auf die Baustelle gehen, wegen der Unfallgefahr und den Vandalen. Das wäre es gewesen. Ich möchte euch anhalten, wenn ihr noch Fragen habt, dann stellt diese direkt an mich, dann machen wir das an der nächsten Parlamentssitzung noch einmal genau gleich und ich werde euch diese beantworten.

Protokoll der Sitzung vom 7. September 2026: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 441	12.10.2026	2	2025/28-118	38856	12/0/0

Hodler Adrian, SP: Zuerst möchte ich natürlich einmal dem Verfasser für das Erstellen des Protokolls der letzten Sitzung danken. Gerade bei diesem Protokoll ist der SP-Fraktion folgendes aufgefallen: Wir haben ein bisschen den Eindruck, dass man für das Verfassen des Protokolls die Tonaufnahme von der letzten Sitzung genommen hat, durch die KI gejagt und ihr gesagt hat, sie solle einmal ein Wortprotokoll erstellen. Dieses Vorgehen ist für uns grundsätzlich absolut in Ordnung, wenn dadurch das Verfassen des Protokolls erleichtert wird und es schneller geht. Das Ergebnis war jetzt in diesem Fall aus unserer Sicht teilweise ein bisschen holperig. Wir hatten vor allem das Gefühl, dass viele Voten einfach Wort für Wort vom Berndeutschen ins Hochdeutsche übersetzt worden wären und nachher konnte man nicht immer ganz genau nachvollziehen, wer was eigentlich sagen wollte. Aus diesem Grund machen wir beliebt, dass man das Protokoll vor der Veröffentlichung noch einmal kurz durchliest, um die unvollständigen Sätze zu vervollständigen. Wir sind der Ansicht, dass man dadurch die Qualität des Protokolls als wertvolles Arbeitsinstrument noch einmal steigern könnte. Ob ein Mensch oder die KI diesen Schritt übernimmt, spielt aus unserer Sicht nicht so eine Rolle. Aber zusammenfassend kann man noch sagen, mit Vorfreude auf weitere spannende Protokolle, dafür wird ja heute sicher auch gesorgt sein, werden wir natürlich das Protokoll gleichwohl ohne Änderungsanträge genehmigen.

Feststellung:
Der Vorsitzende erklärt das Protokoll als genehmigt.

Budget 2027: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 441	12.10.2026	3	2025/28-119	39894	21/10

Detailberatung

Kühni Reto, GPK: Wir haben das Geschäft an der letzten GPK-Sitzung ausgiebig besprochen. Besten Dank Stephan Zingg, dass du Zeit gefunden hast, uns das Budget 2027 detailliert an der Sitzung zu erläutern. Wir erachten die Unterlagen als vollständig, das Vorgehen ist nachvollziehbar und deshalb haben wir keine weiteren Anmerkungen. Wir empfehlen dem Parlament, das Geschäft zu behandeln.

Zingg Stephan, Departementsvorsteher Finanzen: Wir kommen zum Budget 2027. Ihr habt die Unterlagen erhalten und studiert, wie ich gemerkt habe. An der Konferenz der Partei- und Fraktionspräsidien und in der

GPK, durfte ich, wie schon erwähnt, hineinsitzen und Fragen beantworten. Ich erzähle jetzt relativ kurz noch das eine oder andere aus der Präsentation heraus, damit ich nicht einfach nichts mache und wir gleich in die Fragestunde hineingehen. Das Ergebnis des Budgets ist allen bekannt, der Gesamthaushalt schliesst mit einen Aufwandüberschuss von 4,3 Mio. Franken und der allgemeine Haushalt mit einem Aufwandüberschuss von 4,4 Mio. Franken ab. Wir haben nach wie vor eine Steueranlage von 1,7 Einheiten, die wir als Basis nehmen. Wir haben Nettoinvestitionen von gesamthaft gut 15 Mio. Franken. Der Grund ist klar, wir haben vorhin gerade Bilder davon gesehen. Beim Bilanzüberschuss ist es so, dass die finanzpolitische Reserve, welche mit zusätzlichen Abschreibungen gespiesen werden musste, per 1. Januar 2026 aufgehoben wurde. Das ist ein Akt, der nicht erfolgswirksam ist und man einfach machen musste, weil es vom HRM2 so vorgegeben wurde. Wir haben höhere Personalaufwandkosten, das ist eine Folge von der an der letzten Sitzung behandelten Änderung des Personal- und Behördenreglements, welche mit 30 zu 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen genehmigt wurde. Das bringt Mehrkosten von gut 800'000 Franken jährlich mit sich. Beim Sachaufwand sind wir rund 400'000 Franken tiefer. Wenn ihr euch an die letzte Jahresrechnung erinnert, habe ich erzählt, dass man 500'000 Franken des baulichen und betrieblichen Aufwandes respektive des Sachaufwandes nicht gebraucht hat, jetzt sind wir da entsprechend tiefer. Man probiert dem Rechnung zu tragen. Der Finanzaufwand liegt rund 280'000 Franken über dem Budgetwert des Vorjahres. Ein Grund dafür sind die Zinsen auf langfristigen Finanzverbindlichkeiten, die wir brauchen, um das Geld aufzunehmen, um zu investieren. Ich gehe gleich weiter zum Ertrag. Dort haben wir einerseits die Steuergesetzrevision, die im Jahr 2029 ansteht. Sie hat zur Folge, dass etliche Leute, die Eigentümer sind, noch investieren und entsprechend weniger Steuern bezahlt werden. Zusätzlich, das habe ich aus der Analyse der Jahresrechnung entnommen, wo wir bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen ziemlich tiefer gelandet sind. Ich habe einmal ausgewertet, wie viele neue Pensionierungen wir haben, das sind also jährlich 200 Personen, der Generation Babyboomer. Das haben wir in der Fiko entsprechend versucht zu berücksichtigen. Die dämpfen natürlich ein bisschen das Wachstum. Das heisst, das Wachstumspotenzial des Steuerertrags führt eben leider zu einer spürbaren Reduktion der erwarteten Steuererträgen. Bei den Einkommenssteuern haben wir daher rund 1,4 Mio. Franken, wo wir tiefer sind, auf der anderen Seite haben wir Mehreinnahmen bei den Quellensteuern und ebenfalls bei den Vermögenssteuern der natürlichen Personen budgetiert. Bei den Nettoinvestitionen sage ich nur die grössten Positionen. Böschungssanierung Enggisteinbach, Enggistein Süd, das klingt unglaublich gut, wenn ihr wisst, wie gross das Enggistein ist. Behindertengerechter Ausbau der Bushaltestellen. Die Bibliothek Rüfenacht, das ist einfach die Tranche 2027, die enthalten ist. Und noch die Sanierung Worbboden mit rund 11 Mio. Franken. Wir haben weiter im Abwasser eine Pumpendruckleitung Vielbringen-Worb SBB mit rund 2 Mio. Franken. Und immerhin einen Lichtblick, wir haben Einnahmen bei den Investitionen von 5'000 Franken. Ich komme zum Fazit. Wir schliessen gegenüber dem Budget 2026 2,6 Mio. Franken schlechter ab. Die Gründe habe ich gesagt. Einer davon ist z.B. das Container-Provisorium mit knapp 700'000 Franken. Es ist aber so, dass das nur 2026 und 2027 ist, das ist dann ab 2028 weg. Aber der Abschreiber, den wir haben, mit rund 700'000 Franken, der bleibt uns für 33 Jahre erhalten. Hier seht ihr noch die Prozentzahlen, die die Steuergesetzrevision mit sich bringen kann. Das ist nicht etwas, das auf unserem Mist gewachsen ist, das haben wir dankend vom Kanton übernommen. Wenn es nicht so kommt, sehen wir dann, wie weit wir daneben liegen. Zusätzlich ist die 13. AHV-Rente, die ja ausbezahlt wird, die uns dann hoffentlich wieder ein bisschen mehr Einnahmen bringt.

Wenger Sybille, SVP: Wir haben das Budget in der Finanzkommission wie auch mit der Partei besprochen und wir können das Budget so nicht akzeptieren mit diesen 4,4 Mio. Franken im allgemeinen Haushalt. Der Grund ist auch, man hat beim Kreditantrag des Schulhauses Worbboden von 3,5 Mio. Franken im Budget 2027 gesprochen und jetzt sind wir schon knapp eine Mio. Franken darüber. Wir müssen auch noch bedenken, dass wir in Zukunft weitere grosse Brocken zum Machen haben. Zum Beispiel auch die Sanierung des Wisleparks. Die Zahl der steuerpflichtigen Personen mussten wir auch gegen unten korrigieren, weil man in früheren Jahr mit mehreren Neuzuzügern gerechnet hat und das nachher nicht erreicht hat. Für uns ist es wichtig, dass das Budget noch einmal überarbeitet wird und bei den Beträgen im Aufwand korrigiert wird. Eines ist für uns klar, wir werden an der Steueranlage von 1,7 festhalten und wir werden den Änderungsantrag zurückweisen.

Marthaler Matthias, SP: Grundsätzlich sind wir ja nicht bei einer Beerdigung, sondern bei der Besprechung unseres Budgets. Die SP Worb begrüsst, dass wir investieren und zu unseren Immobilien und Projekten schauen. Das kostet etwas, aber wir erhalten auch etwas fürs Geld. Aber wir sehen auch die Aufwände, die das ergibt. Die sehen wir gut und was das halt mit sich bringt. Das Budget kann man aber aus unserer Sicht

nicht unabhängig vom Finanzplan anschauen. Um den Finanzplan und damit dann auch das Budget als Steuergerät realistisch und verantwortungsvoll nutzen zu können, brauchen wir noch ein paar zusätzliche Informationen und möchten das gerne von der Regierung auch noch abgeklärt haben. Als allererstes beauftragen wir den Gemeinderat, die dem Budget zugrundeliegenden Ertragsannahmen noch einmal zu prüfen und transparent darzulegen, wie man dazu kommt. Insbesondere sind die Annahmen zu den Steuererträgen der natürlichen und juristischen Personen sowie zu den einmaligen Einnahmen nachvollziehbar zu begründen und mit den Erwartungen der letzten Jahre abzugleichen. Wir würden gerne vom Gemeinderat aufgezeigt bekommen, wie die gesetzliche Mehrwertabschöpfung in den nächsten Jahren aussieht, was dort zu erwarten ist und wie sie in der Finanzplanung berücksichtigt werden könnten. Ein weiterer Punkt, den wir gerne wissen möchten, ob die demografische Entwicklung, insbesondere die steigende Anzahl der pensionierten Einwohnerinnen und Einwohner, in den Steuerprognosen wirklich angemessen betrachtet sind. Die SP-Fraktion geht nicht davon aus, dass das so aussieht. Der Gemeinderat wird zudem beauftragt, darzulegen, welche Auswirkungen der OECD-Mindestbesteuerung sowie damit zusammenhängende kantonale und eidgenössische Regelungen für die Gemeinde in den kommenden Jahren haben könnten. Zu guter Letzt hätten wir gerne gewusst, wie es mit dem Wislepark aussieht und was der uns in den nächsten Jahren für Zahlen erbringt. Darum beantragen wir jetzt eine zweite Lesung, um das noch einmal anzuschauen. Zudem beantragen wir eine Erhöhung der Liegenschaftssteuern um 0,1 Promille. Es ist das Dokument, das ihr schon erhalten habt. Die beantragten Anpassungen stellen nach unserem Ermessen eine verhältnismässige Massnahme auf dem Weg zur Stärke unserer Gemeindefinanzen dar. Gleichzeitig profitieren die Steuerpflichtigen von den durch den Kanton beschlossenen Steuersenkungen und so ist es unter dem Strich ein Nullsummenspiel. Und jetzt noch etwas ganz von mir selbst: Ich habe in den letzten paar Tagen gehört, wer alles seine Arbeit nicht gemacht hat und wie die Arbeit sonst hätte sein sollen. Auch wir in der Finanzkommission hätten unseren Job so machen sollen oder so und da möchte ich an dieser Stelle als allererstes Danke sagen. Danke vielmals für die Arbeit meiner Kollegen in der Finanzkommission. Ich weiss nämlich, was das bedeutet hat und danke auch dir, Anita, du hast gerade einen steilen Einstieg gehabt. Danke, dass du so hartnäckig warst und das für uns immer so gut aufgearbeitet hast. Und dir, Stephan, danke ich auch für deine sachkundige Anleitung, das war sehr angenehm. Jetzt zum sportlichen oder zum lahmen Verhalten der Finanzkommission oder auch vom Parlament. Wir sind nicht die, die die finanzpolitischen und strategischen Entscheidungen treffen, dafür ist die Regierung und ihr Chef da. Und euch möchte ich das auch gerne überlassen, es ist auch nicht an uns, aufzuzeigen, wo man im Detail sparen soll. Das ist die Aufgabe der Profis und von euch und wir vertrauen darauf, dass ihr das könnt, darum beantragen wir die zweite Lesung. Danke für die Arbeit.

Stucki Daniel, FDP: Ich gehe davon aus, dass die fünf Fragen, die wir letzte Woche eingereicht haben, dann noch beantwortet werden. Die FDP-Fraktion hat sich intensiv mit dem Budget 2027 und der Finanzplanung der kommenden Jahren auseinandergesetzt und diese nicht isoliert angeschaut. Wir sind uns bewusst, das Budget aufzustellen, ist keine einfache Aufgabe. Viele Ausgaben sind gebunden und Worb muss notwendige Investitionen tätigen. Die FDP ist nicht gegen Investitionen und nicht gegen die Weiterentwicklung unserer Gemeinde. Aber wir müssen uns schon fragen, was können wir und was wollen wir uns dauerhaft leisten? Das Budget 2027 weist im allgemeinen Haushalt einen Aufwandüberschuss von rund 4,4 Mio. Franken aus. Ein wesentlicher Teil hängt mit dem Worbboden zusammen, das wissen wir. Dieser erklärt aber nicht, warum auch in den Folgejahren erhebliche Defizite geplant sind. Gleichzeitig steigt der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahr um rund 837'000 Franken auf 13,35 Mio. Franken. Dazu kommen hohe Investitionen und eine zunehmende Verschuldung. Der entscheidende Punkt ist für uns, der Worbboden kommt irgendwann zu einem Ende. Personalkosten, IT-Verträge, externe Dienstleistungen und wiederkehrende Beiträge bleiben. Einmalige Belastungen können wir erklären. Dauerhafte Ausgaben müssen wir uns dauerhaft leisten können. Bevor wir über zusätzliche Einnahmen oder eine höhere Schuldengrenze sprechen, müssen wir deshalb unsere Ausgaben und Prioritäten überprüfen. Was ist zwingend notwendig? Was ist sinnvoll, aber verschiebbar? Und wo können wir effizienter werden? Wir verlangen keinen Kahlschlag. Wir verlangen eine konsequente Priorisierung bei den Personalkosten, den externen Dienstleistungen, den IT- und Softwarekosten, den freiwilligen Beiträgen und beim Investitionsprogramm. Denn hohe Investitionen bringen nicht nur heutige Ausgaben, sondern auch zukünftige Abschreibungen und Zinskosten mit sich. Wenn wir gleichzeitig über Jahre Defizite schreiben und die Verschuldung erhöhen, gefährden wir unseren finanziellen Handlungsspielraum. Wir wollen ein Worb, das investieren kann und seine Aufgaben erfüllt. Aber wir wollen auch ein Worb, das finanziell handlungsfähig bleibt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb hat heute die FDP einen Rückweisungsantrag eingereicht mit fünf konkreten Aufträgen an den Gemeinderat. Erstens: Das strukturelle Defizit des allgemeinen Haushalts ist

substanziell zu reduzieren. Insbesondere die wiederkehrenden Ausgaben sind kritisch zu hinterfragen. Zweitens: Der Personalaufwand ist detailliert zu überprüfen. Neue oder ausgeweitete Stellen müssen begründet und Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung aufgezeigt werden. Drittens: Beeinflussbare Ausgaben, insbesondere für externe Dienstleistungen, das habe ich schon gesagt, IT, Software und so weiter und so fort, sind systematisch zu überprüfen. Viertens: Das Investitionsprogramm 2027 bis 2031 ist nach Dringlichkeit und Notwendigkeit zu priorisieren. Bei verschiebbaren Investitionen erwarten wir eine transparente Darstellung der finanziellen Auswirkungen. Und fünftens: Der Gemeinderat soll einen verbindlichen Plan vorlegen, wie die Defizite der Jahre 2028 bis 2031 schrittweise reduziert und die Erfolgsrechnung mittelfristig wieder ins Gleichgewicht gebracht werden kann. Wir wollen dem Gemeinderat nicht jede einzelne Einsparung vorschreiben. Wir erwarten aber, dass er den Handlungsspielraum konsequent nutzt und konkrete, nachvollziehbare Massnahmen vorlegt. Wir wollen nicht einfach ein rechnerisch angepasstes Budget. Wir wollen eine nachhaltige Verbesserung der finanziellen Perspektive unserer Gemeinde. Unsere Haltung zum Rückweisungsantrag, den die SVP vorhin gerade eingereicht hat, möchte ich auch klar festhalten. Die FDP wird auch diesen unterstützen. Unabhängig davon, welcher Antrag angenommen wird oder nicht, teilen wir die Einschätzung, dass das Budget und die Finanzplanung noch einmal kritisch überprüft werden müssen. Ebenso klar ist unsere Konsequenz, wenn dieser Rückweisungsantrag nicht angenommen werden sollte, wird die FDP-Fraktion das Budget 2027 in der vorliegenden Form ablehnen müssen. Wir können nicht anhaltende Defizite und die zunehmende Verschuldung kritisieren und gleichzeitig ein Budget genehmigen, ohne Überarbeitung zu verlangen. Es geht uns nicht gegen den Gemeinderat und nicht gegen die notwendigen Investitionen. Es geht um Verantwortung gegenüber unserer Gemeinde und den kommenden Generationen. Finanzpolitik bedeutet, rechtzeitig zu handeln, Prioritäten zu setzen und dafür zu sorgen, dass Worb auch in Zukunft seine Aufgaben erfüllen kann. Wir verlangen nicht weniger Worb. Wir verlangen, dass Worb sich das, was es macht, langfristig leisten kann. Darum bitte ich euch, unseren Rückweisungsantrag zu unterstützen. Für eine nachhaltige, verantwortungsvolle und langfristig tragfähige Finanzpolitik unserer Gemeinde.

Burkhard Urs, Grüne: Dass die beiden Budgets der Jahre 2026 und 2027 klare Defizite aufweisen, ist uns Parlamentariern schon länger bekannt. Aber dass das Budgetdefizit jetzt im Jahr 2027 so hoch ausfällt, ist einerseits nachvollziehbar, aber nicht wirklich befriedigend oder, wenn man jetzt die Rückweisungsanträge nicht berücksichtigt, eigentlich alternativlos. Die Hauptkostentreiber sind schon erwähnt worden und auch die stagnierenden Steuereinnahmen hat man beleuchtet. Wir Grünen stehen hinter den notwendigen Investitionen, besonders dort, wo Nachholbedarf besteht. Sie sichern den Werterhalt und die Zukunft unserer Gemeinde. Wer sie aufschiebt, verschärft den Sanierungsstau und riskiert langfristig höhere Kosten, siehe Worbboden. Gleichzeitig muss Worb finanziell handlungsfähig bleiben. Die Herausforderung beschränkt sich nicht einzig auf das Budgetjahr 2027. Das ausgewiesene Defizit kann mit dem vorhandenen Eigenkapital getragen werden. Die Gemeinde hat wegen der guten Vorjahre noch einen Bilanzüberschuss, doch die wiederkehrenden Defizite in den nächsten Jahren brauchen diese Reserven auf. Gleichzeitig steigt die Verschuldung stark an. Nach dem Abbau des Investitionsstaus sieht der Finanzplan eine Phase mit reduzierter Investitionstätigkeit vor, um die Verschuldung wieder zu senken. Aus dieser Absicht muss ein verbindlicher und nachvollziehbarer Plan zur Stabilisierung unserer Gemeindefinanzen erstellt werden. Der Gemeinderat stellt selbst fest, dass spätestens für das Budget 2030 eine Erhöhung des Steuerfusses geprüft werden müsste. Mit dieser Diskussion dürfen wir aber nicht zuwarten, bis die Reserven weiter geschrumpft sind. Schon heute braucht es eine offene Auseinandersetzung mit der Einnahmeseite. Worb braucht eine vorausschauende Finanzpolitik, die den existierenden Nachholbedarf angeht und gleichzeitig gesunde Gemeindefinanzen sichert. Die Grüne-Fraktion würde dem Budget 2027 zum jetzigen Zeitpunkt zähneknirschend zustimmen.

Spahr Daniela, Mitte/GLP: 4,4 Mio. Franken Aufwandüberschuss im allgemeinen Haushalt, das ist eine Zahl, die wir nicht einfach überlesen dürfen. Das ist eine hohe Zahl und wir sprechen hier von Ausgaben, die wir nicht durch Einnahmen decken können. Wir wissen warum. Wir kennen die Gründe und wir stehen auch ganz sicher hinter einem Teil dieser Gründe. Aber wir sehen auch, dass steigende Beiträge an den kantonalen Lastenausgleich, höhere Personal- und Finanzierungskosten und rückläufige Steuererträge das Ganze auch mit beeinflussen. Wenn wir zurückschauen, haben wir in den letzten zwei Jahresrechnungen deutlich besser abgeschlossen als budgetiert. 2024 im allgemeinen Haushalt hatten wir einen Ertragsüberschuss von 1,3 Mio. Franken. 2025 einen von ungefähr 666'000 Franken. Das war erfreulich, aber es wäre falsch, wenn wir daraus schliessen würden, dass unsere Finanzen deshalb gesund sind. Ein Teil dieser Verbesserungen ist auf Steuererträge zurückzuführen, von denen wir nicht gewusst haben, dass diese so kommen, und ein anderer Teil

darauf, dass budgetierte Ausgaben, z.B. Unterhaltsarbeiten, nicht vollständig angefallen sind. Es bedeutet nicht, dass unser Finanzhaushalt langfristig im Gleichgewicht ist, das wissen wir alle, glaube ich. Was wir gesehen haben, ist, und ich bin selber auch in der Fiko, man muss wissen, Budgetieren ist gerne noch eine kleine Pflichtübung, aber wir dürfen es nicht als das ansehen. Wir haben es wahrscheinlich auch nicht als das angesehen. Denn es ist der Moment, in dem wir uns ehrlich fragen müssen, was können wir wirklich machen, welchen Spielraum haben wir, und natürlich sind wir in der Gemeinde ein bisschen begrenzt dabei, aber trotzdem müssen wir Prioritäten setzen und auch bereit sein, auf das eine oder andere zu verzichten. Ein gutes Budget zeigt, für was wir unsere Mittel bewusst einsetzen wollen. In diesem Budgetprozess dieses Jahres hat der erste Budgetentwurf einen Aufwandüberschuss von rund 6 Mio. Franken vorgesehen. Nach zwei Sparrunden konnten wir ihn um 1,6 Mio. Franken reduzieren. Also nicht wir, sondern die, die am Prozess beteiligt waren, auf knapp 4,4 Mio. Franken. Irgendwo in den Unterlagen steht etwas von einer Zero-Based-Budgetierung. Das bedeutet, dass die Ausgaben von Grund auf begründet und auf ihre Notwendigkeit überprüft werden und nicht einfach Vorjahreswerte kopiert werden. Für uns stellt sich die Frage, wenn man von einer Nullbasis ausgeht, warum es dann zwei Sparrunden braucht, um das Budget um 1,6 Mio. Franken zu reduzieren. Wir wissen natürlich, dass viele Kosten durch übergeordnete Vorgaben bestimmt sind, und wir unterstellen niemandem, seine Arbeit nicht sorgfältig gemacht zu haben, aber es scheint uns doch ein bisschen komisch. Man spricht beim Budget manchmal von einer Speckschicht, die man vorsorglich so grosszügig ein bisschen hineinbaut und die sich dann bei genauerer Prüfung reduzieren lässt. Ob und in welchem Umfang wir den Speck im ersten Entwurf hatten, ist schwer zu beurteilen, sogar für die Finanzkommission. Ich spreche hier aus eigener Erfahrung. Die zwei Sparrunden zeigen aber, es war etwas möglich. Der Fakt ist, wir können es uns nicht leisten, in den nächsten Jahren so weiterzufahren, denn wenn wir weiter Jahr für Jahr mehr ausgeben, als wir einnehmen, brauchen wir unseren Bilanzüberschuss fast vollständig auf und verschulden uns immer stärker. Darum müssen wir nicht nur unsere Investitionen klug priorisieren, sondern auch wiederkehrende Ausgaben und Einnahmen in den Griff bekommen. Für die Zukunft wünschen wir uns von der Fraktion darum wirklich einen konsequenten Budgetierungsprozess, einen, der Ausgaben von Anfang an kritisch hinterfragt, realistisch veranschlagt und klar priorisiert. Wir müssen zeigen, dass wir verstanden haben, wie entscheidend, weitsichtige und kluge Budgetentscheide heute und in den Jahren, die kommen, sein werden. Es gilt für uns alle, es gilt für die Verwaltung, es gilt für den Gemeinderat und es gilt auch für uns im Parlament. Wir sind in einer wichtigen Phase. Dazu gehört die Sanierung der Schulanlage Worbboden, bei der wir ausdrücklich dahinterstehen. Aber gerade, weil wir solche Investitionen mittragen wollen, müssen wir bei anderen Ausgaben klug sein und gut hinschauen. Wir sprechen nicht von sparen. Wir sprechen von klug investieren. Im Moment ist es so, dass die Mitte/GLP-Fraktion diesem Budget, und ihr hört es, ich habe einmal noch mit Urs telefoniert, zähneknirschend zustimmt. Unsere Zustimmung wäre aber kein Einverständnis so weiter zu fahren. Uns sind finanzielle Disziplin, eine gute, nachhaltige Investitionskultur und klare Prioritäten wichtig.

Jost-Pfister Catarina, Mitte/GLP: Ich habe noch eine Ergänzung. Es wurde heute Abend festgestellt, dass es in erster Linie um die Ausgaben im Budget geht. Das ist richtig so, dass man das als Erstes behandelt. Ich sage noch etwas anderes. Für mich ist es ganz wichtig, dass man parallel auch schaut, wie man zu Einnahmen kommt. Und zwar zu Einnahmen im höheren Bereich, wo ich daran denke, das ist ganz sicher bei den Einwohnenden, die zuziehen. Ich glaube, ich habe das schon einmal erzählt, es kommt mir bekannt vor, dass man denen auch Wohnraum schafft, dass Leute kommen, die finanzkräftig sind und Steuern bezahlen. Das hört man nicht an allen Orten gleich gerne, es ist jedoch so. Das heisst nicht, dass man nur solche Leute oder solche Einwohnende hat. Es muss eine Mischung geben. Wir dürfen aber nicht vergessen, wir müssen irgendwoher Geld einnehmen. Es wird gebaut an allen Orten. Ich bin gespannt, ob wir das wirklich dort hinbringen. Achtung, versteht mich nicht falsch, ich bin nicht dagegen, dass es eine Mischung der Einwohnenden gibt, aber wir können das nur erreichen, auch gerade beim Bauen, wenn das Bauen nicht immer mehr Hürden bekommt, wenn man zügig vorwärts machen kann. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Im Moment stockt es zwar an einigen Orten ein bisschen, aber ich verspreche mir natürlich schon, dass wir das spüren werden.

Cetin Mayk, EVP: Es ist schwierig, wo ich beginnen soll. Wir hatten die Parteipräsidentenkonferenz und die war für mich sehr entscheidend. Warum? Weil ich, genau wie ihr alle auch, ziemlich schockiert war, als ich die 4,4 Mio. Franken gesehen habe. Ich habe kurz den alten Finanzplan herausgeholt und verglichen. Damlas haben wir tatsächlich mit um rund 2 Millionen für 2027 gerechnet. Wir haben entsprechend noch Fragen gestellt. Es sind plausible Antworten gekommen, das ist ganz wichtig. Es sind plausible Antworten gekommen,

die nachvollziehbar waren. Ich habe die FDP ein bisschen vermisst an der Parteipräsidentenkonferenz, vielleicht hätte es noch ein bisschen mehr Fragen gegeben. Wir haben auch gehört, wie der Prozess gelaufen ist. Man hat bereits schon 1,4 Mio. Franken eingespart in zwei Sparrunden und da frage ich mich eigentlich echt, wie viel Runden man noch drehen will. Für uns ist der Prozess im Grossen und Ganzen, wie die Fiko aus unserer Perspektive gearbeitet hat und wie auch Stephan uns die Antworten gegeben hat, absolut nachvollziehbar. Uns ist ja bewusst, dass dieses und nächstes Jahr harte Jahre sein werden. Das haben wir so quasi budgetiert, aber nicht in dieser Höhe. Und wo ich Daniel absolut Recht geben muss, der Finanzplan sieht ganz düster aus, das habe ich auch in der Parteipräsidentenkonferenz so angetönt. Man muss aber fairerweise sagen, Budget und Finanzplan müssen wir wirklich momentan noch voneinander trennen können, weil wir wissen, wie ein Finanzplan sich ganz stark verändern kann. Der letzte Finanzplan sieht im Vergliech zum diesjährige komplett anders aus. So könnte auch im nächsten Jahr der Finanzplan wieder anders aussehen für die entsprechenden Jahre. Deshalb müssen wir uns wirklich auf das Budget konzentrieren. Aus den genannten Gründen werden wir das Budget unterstützen oder bewilligen. Ich blicke ein bisschen positiv in die Zukunft. Catarina hat es auch erwähnt, es läuft einiges in der Gemeinde Worb, es ist nicht so, dass wir irgendwie ganz düster oder an einer Beerdigung sind, wie Matthias gesagt hat.

Marthaler Matthias, SP, stellt einen Antrag auf einen Sitzungsunterbruch.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Auch wir von der SVP sind nicht gegen Investitionen und ich kann mich eigentlich mit unserer Meinung und vor allem auch mit meiner Meinung an vielen Vorrednern im Grundsatz anschliessen. Nicht gerade in allem, aber im Grundsatz an sehr Vielem. Wir stehen vor der harten Tatsache. Wir beraten hier ein Budget mit einem Verlust von fast 4,5 Mio. Franken. Beim Kreditantrag damals, als es um die Wobo-Abstimmung ging, wurden minus 3,5 Mio. Franken in Aussicht gestellt. Hinterher werden wir einen Finanzplan beraten, mit dem sich die Schulden bis auf 70 Mio. Franken erhöhen können. Wenn ich so ein bisschen das Beispiel des Wobo anschaue, wenn man in einer so kurzen Planzeit, in der man damals 3,5 Mio. Franken in Aussicht gestellt hat und jetzt schon bereits auf fast 4,5 Mio. Franken ist, dann kann ich euch eigentlich schon jetzt garantieren, dass wir diese 70 Mio. Franken irgendwann überborden werden. Denn da kommt noch so viel Unvorhergesehenes dazu. Das werden wir nicht einhalten können. Der grösste Brocken, der in Zukunft kommen wird, ist der Wislepark, der ist an keinem Ort erwähnt, und die AG des Wisleparks wird keinen einzigen Rappen selber haben, um dort in die Investitionen zu stossen. Das Geld wird alles von der Gemeinde kommen respektive hier drin und eventuell vom Volk gesprochen werden müssen. Wir sind überzeugt, wir stören die Zeitenwende. Wenn man die Zeitenwende googelt, dann heisst das eine neue Epoche. Wir sind überzeugt, ab jetzt wird alles ein bisschen anders. Ich bin nicht ganz sicher, ob alle schon erwacht sind und das realisiert haben. Ich kann euch garantieren, ich bin in meinen Betrachtungen zweifelsohne durchaus selbstkritisch. Ich mache ein Beispiel: Wir haben jetzt in Richigen zwei 30er-Zonen erhalten, diese sind gut und recht. Klar, man kann fast nie schneller als 30 km/h fahren, auch wenn eine 40er-Tafel ist, aber wir haben sie jetzt und sie tragen zur Verkehrssicherheit sicher bei. So etwas, nein, das wird in Zukunft nicht mehr möglich sein. Wir werden nicht mehr so viel investieren können. Wenn wir vor allem diesen Steuerfuss nicht antasten wollen. Wenn ich in den Parteien herumhöre, dann ist das in vielen Parteien ein Tabu. Wenn wir aber die Büchse der Pandora Steuerfuss nicht öffnen wollen, und das kann ich euch also garantieren, das werden wir von der SVP mit allen Mitteln versuchen zu verhindern, dann kann es ab sofort nicht mehr so weitergehen. Es gibt zahlreiche nicht dringende Investitionen, das kann ich euch also sagen, welche wir in Zukunft werden streichen müssen. Die SVP-Fraktion hat an den Gemeinderat eigentlich ganz klare Forderungen, die sich mit einigen Vorrednern decken. Wir sehen dort ganz klar einen sofortigen Personalstopp, vor allem auch von externen Dienstleistern für mindestens zwei Jahre. In diesem Zusammenhang müsste man sicherstellen, dass die Dienstleistungsaufwände intern und extern, die Kosten, die dort entstehen, das Vorjahr nicht übersteigen. Die Investitionen müssen aus unserer Sicht ab jetzt sofort nach Dringlichkeit und Notwendigkeit priorisiert werden. Nicht zwingend oder zeitlich verschiebbare Investitionen sind aufzuzeigen und auch die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen. Und was wir in Zukunft eigentlich auch gerne hätten, ist ein verbindlicher Plan zur Finanzierung der Gemeinde, dass man den vorlegt. Ein verbindlicher Plan heisst für uns nicht nur ein Finanzplan, wir wollen, dass der Gemeinderat uns verbindlich vorlegt mit welchen konkreten Massnahmen, dass man die geplanten Aufwandüberschüsse in der nächsten Planungsperiode 2027-2031 schrittweise reduzieren und die Erfolgsrechnung mittelfristig wieder ins Gleichgewicht gebracht werden sollte. Wir stellen einen Rückweisungsantrag in diesem Zusammenhang. Wir weisen das Budget zurück mit dem ganz klaren Auftrag an den Gemeinderat, dass man das Budget 2027 auf einen Aufwandüberschuss von 3,5 Mio. Franken korrigiert.

Das ist das, was uns während der Abstimmung versprochen worden ist. Das angepasste Budget 2027 soll am 7. Dezember wieder präsentiert und dem Parlament neu vorlegt werden. Wir wollen dort vor allem, dass man nicht nur bei der Einnahmenseite ein bisschen schön frisiert, sondern wirklich auch bei der Ausgabenseite hinsieht, und ich möchte euch doch hier ermuntern, diesen Rückweisungsantrag helfen zu genehmigen, dass wir dort noch einmal scharf rechnen und noch einmal darüber sehen können. Zum Schluss noch etwas, die, die jetzt hier in den nächsten 12 Monaten alle zusammen ihr ganzes Gebiss zu Boden knirschen wollen. Bevor ihr das macht und alle zum Zahnarzt müsst, helft uns, diesen Rückweisungsantrag zu unterstützen, dann sehen wir das noch einmal an und dann können wir am 7. Dezember ein Budget genehmigen, das ist besser und senkt die Gesundheitskosten.

Zingg Stephan, Departementsvorsteher Finanzen: Ich erlaube mir, kurz und präzise auf ein paar Fragen zu antworten. Das, was am meisten genannt wurde, der Wislepark. Danke für den Hinweis, das hätten wir ansonsten beinahe vergessen. Nein, wir haben schlichtweg keine Zahlen und keine Informationen. Was sollen wir also aufnehmen? Ein Platzhalter, Wislepark? Zum Antrag der SP, die Liegenschaftssteuer um 0,1 Promille zu erhöhen. Das gibt 220'000 Franken, einfach das als Rahmen. Wir haben gesamthaft drei Sparrunden gemacht in der Gemeinde, also sprich von der Fiko, vom Departement und von der Fiko zuhanden der Verwaltung. Zu den Fragen der FDP kurz. Der Steuerertrag kann mit den getroffenen Annahmen plausibilisiert werden, die wir gemacht haben. Die sind also nicht irgendwo aus den Sternen herausgegriffen. Ich habe im Sinn, mit dem Gemeinderat eine Klausur zum Thema Finanzen zu machen. Dass man sieht, was gebe ich da rein, was kommt da raus, wo wirkt sich das aus. Wo wird tatsächlich gespart? Das habe ich vorhin schon gesagt, beim Sachaufwand. Wir haben gesamthaft Einsparungen von 2 Mio. Franken erreicht. Das Ziel waren zwar 4 Mio. Franken, aber wir haben 2 Mio. Franken erreicht. Wegen dem Personal, das mit dem neuen Personalreglement habe ich auch schon erwähnt, das ist in der letzten Sitzung genehmigt worden. Zu den Investitionen priorisieren. Ich habe Investitionen, die im Jahr 2029 vorgesehen waren, auf 2028 und 2030 verschoben, damit wir die Glättung, die wir jetzt haben, erreichen konnten. Über die andere Priorisierung habt ihr es ja dann in der Hand, zu sagen, wann es dann gemacht werden soll. Was kann man machen, damit die finanzielle Entwicklung nicht, wie prognostiziert, verschlechtert wird? Noch tiefere Investitionen anstreben und noch mehr auf die Jahre verteilen, könnte eine Lösung sein. Ich weiss es nicht. Zum generellen Thema wegen der Ausgaben respektive wie wir den Haushalt im Gleichgewicht halten wollen, ist für mich klar, Ausgaben senken, priorisieren, Steuereinnahmen erhöhen durch mehr Einwohner. Das können wir nur durch die Realisierung der Bauprojekte erreichen. Ihr wisst selber, welche Bauprojekte wie erfolgreich und vor allem wie schnell realisiert werden. Wenn dann der Bauentscheid da ist, ziehen leider nicht schon die Leute ein.

(Parlamentspräsident Andy Marchand gibt einen Sitzungsunterbruch bekannt. Dieser dauert von 20.40 bis 20.50 Uhr. Der Protokollführer.)

Marthaler Matthias, SP: Das war jetzt spannend. Also als allererstes zu unseren Anträgen. Wir ziehen formell beide Anträge zurück und machen folgendes: Wir nehmen die Rückweisungsanträge von unseren Kameraden von der FDP und von der SVP und ergänzen diese mit unseren fünf Punkten von unserem Antrag auf eine zweite Lesung. Zudem machen wir aus unserem Änderungsantrag einen Prüfauftrag. Also aus dem Änderungsantrag für die Erhöhung der Liegenschaftssteuer machen wir einen Prüfauftrag, dass das auch dieser noch irgendwo festgehalten ist. Ist das so gut?

Cetin Mayk, EVP: Ich habe eine Bitte an Stephan. Wir haben ein bisschen diskutiert und irgendwie hatte ich den Eindruck, dass der Budgetprozess nicht allen bekannt ist oder für gewisse Leute nicht optimal gelaufen ist. Ich wäre froh, wenn du das noch erläutern könntest, wie das gelaufen ist, denn das hilft vielleicht auch ein bisschen, das Vertrauen in den Prozess zu gewinnen.

Zingg Stephan, Departementsvorsteher Finanzen: Ich hoffe, ich habe alles richtig im Kopf. Der Gemeinderat respektive das Departement Finanzen legt den Fahrplan des Budgets und des Finanzplans fest, also sprich terminlich, bis wann was eingegeben werden muss. Gestützt darauf, flechtet die Verwaltung die Eingaben der einzelnen Abteilungen in das Ganze ein. Anschliessend kommen die Fiko-Mitglieder. Dort haben wir Zweierdelegationen, die die Budgets entsprechend für sich strahlen und sie sitzen anschliessend mit den Abteilungen zusammen. Ich habe mir bereits vor diesem Prozess herausgenommen, mit einer einzelnen Abteilung, das ist

die grösste in der Gemeinde, zusammen zu sitzen und schon einzelne Sachen anzuschauen, die man optimieren könnte. Ich sage dem optimieren und nicht sparen. Es klingt ein bisschen besser. Dort haben wir schon ein bisschen etwas hingebracht. Dann haben wir eben, wie gesagt, die Delegationen, die diese Fragen stellen. Diese Fragen fliessen nachher in die Fiko hinein. Die Fiko stellt Anträge und dort hat die Fiko nachher allen Abteilungen einen Auftrag gegeben. Den Auftrag zu sparen. Man hat ihnen genau vorgegeben, wie viel man etwa erwartet. Denn entschuldige, es bringt, glaube ich, nichts, wenn ich dem Departement Soziales sage, sie müssen eine Million sparen. Wenn wir irgendwo einen Bereich haben, wo wir etwas machen können von ein paar 100'000 Franken, will ich es nicht vernachlässigen, aber das bringt es natürlich nachher nicht. Wir müssen schon schauen, wer kann wo effektiv wie viel sparen. Das ist wieder zurückgekommen, man hatte das in der Fiko wieder behandelt und hat festgestellt, man möchte eigentlich gerne noch einmal mehr. Und diese letzte Runde hat nachher noch 100'000 Franken gebracht. Darum habe ich gesagt, man hätte eigentlich auf rund 2 Mio. Franken herunterkommen wollen. Jetzt sind wir auf diesen 4 Mio. Franken, also wir haben dort effektiv nicht nichts gemacht. Wir haben ziemlich aktiv den ganzen Prozess angeschaut, versucht zu steuern und zu begleiten, und das ist jetzt das, was herausgekommen ist. Was wir noch herauspressen können, das werden wir jetzt dann sehen, gestützt auf eure Anträge, die jetzt dann schlussendlich einen Auftrag an den Gemeinderat sind.

Parlamentspräsident Marchand Andy gibt die eingereichten Rückweisungsanträge wieder. Diese werden gesamthaft zu einem Rückweisungsantrag zusammengefasst und zur Abstimmung gebracht.

Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion:
Die SVP-Fraktion beantragt, das Budget 2027 mit dem folgenden Auftrag an den Gemeinderat zurückzuweisen:
- Der Aufwandüberschuss ist auf maximal 3,5 Mio. Franken zu reduzieren.

Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion:
Die FDP-Fraktion beantragt, das Budget 2027 mit den folgenden Aufträgen an den Gemeinderat zurückzuweisen:
- Strukturelles Defizit reduzieren: Der Aufwandüberschuss des allgemeinen Haushalts ist gegenüber der vorliegenden Budgetvorlage substanziell zu reduzieren. Dabei sind insbesondere wiederkehrende Ausgaben kritisch zu hinterfragen.
- Personalaufwand begrenzen: Der Personalaufwand ist detailliert zu überprüfen. Neue oder ausgeweitete Stellen und Stellenprozente sind auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen und zu begründen. Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung und organisatorischen Optimierung sind aufzuzeigen.
- Beeinflussbare Ausgaben konsequent überprüfen: Externe Dienstleistungen, Beratungen, IT- und Softwarekosten, freiwillige Beiträge sowie weitere nicht zwingend gebundene Ausgaben sind systematisch auf Notwendigkeit, Umfang und Kosten-Nutzen-Verhältnis zu überprüfen. Das konkrete Einsparpotenzial ist auszuweisen.
- Investitionen priorisieren: Das Investitionsprogramm 2027-2031 ist nach Dringlichkeit und Notwendigkeit zu priorisieren. Nicht zwingende oder zeitlich verschiebbare Investitionen sind aufzuzeigen und deren Verschiebung mit den finanziellen Auswirkungen darzustellen.
- Verbindlichen Plan zur finanziellen Stabilisierung vorlegen: Der Gemeinderat wird beauftragt, aufzuzeigen, mit welchen konkreten Massnahmen die geplanten Aufwandüberschüsse der Jahre 2028-2031 schrittweise reduziert und die Erfolgsrechnung mittelfristig wieder ins Gleichgewicht gebracht werden kann. Dabei sind die finanziellen Auswirkungen der einzelnen Massnahmen transparent auszuweisen.

Rückweisungsantrag der SP-Fraktion:
Die SP-Fraktion beantragt, das Budget 2027 mit den folgenden Aufträgen an den Gemeinderat zurückzuweisen:
- Die dem Budget zugrunde liegenden Ertragsannahmen zu überprüfen und transparent offenzulegen. Insbesondere sind die Annahmen zu den Steuererträgen natürlicher und juristischer Personen sowie zu einmaligen Einnahmen nachvollziehbar zu begründen und mit den Erfahrungswerten der vergangenen Jahre zu vergleichen.
- Aufzuzeigen, welche Einnahmen aus der gesetzlichen Mehrwertabschöpfung in den nächsten Jahren zu erwarten sind und wie diese in der Finanzplanung berücksichtigt wurden.

- Zu prüfen und auszuweisen, ob die demografische Entwicklung, insbesondere die steigende Anzahl pensionierter Einwohnerinnen und Einwohner, in den Steuerertragsprognosen angemessen berücksichtigt wurde.
- Darzulegen, welche finanziellen Auswirkungen die OECD-Mindestbesteuerung sowie damit zusammenhängende kantonale und eidgenössische Regelungen für die Gemeinde in den kommenden Jahren haben könnten.
- Für den Wislepark die finanziellen Auswirkungen vorzulegen. Dabei sind insbesondere folgende Punkte auszuweisen: Investitionskosten, Folgekosten für Infrastruktur, Betriebs- und Unterhaltskosten, weitere direkte oder indirekte finanzielle Auswirkungen auf die Gemeinderechnung.
- Zu prüfen, ob der Steueransatz der Liegenschaftssteuer um 0,1 Promille von 1,3 Promille auf 1,4 Promille erhöht werden kann.

Die Rückweisungsanträge werden zusammengefasst zur Abstimmung gebracht.

Beschluss zum Rückweisungsantrag:
Der Rückweisungsantrag wird mit 26 zu 11 Stimmen angenommen.

Beschluss:
Das Budget 2027 wird mit den folgenden Aufträgen an den Gemeinderat zurückgewiesen:
- Der Aufwandüberschuss ist auf maximal 3,5 Mio. Franken zu reduzieren.
- Strukturelles Defizit reduzieren: Der Aufwandüberschuss des allgemeinen Haushalts ist gegenüber der vorliegenden Budgetvorlage substanziell zu reduzieren. Dabei sind insbesondere wiederkehrende Ausgaben kritisch zu hinterfragen.
- Personalaufwand begrenzen: Der Personalaufwand ist detailliert zu überprüfen. Neue oder ausgeweitete Stellen und Stellenprozente sind auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen und zu begründen. Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung und organisatorischen Optimierung sind aufzuzeigen.
- Beeinflussbare Ausgaben konsequent überprüfen: Externe Dienstleistungen, Beratungen, IT- und Softwarekosten, freiwillige Beiträge sowie weitere nicht zwingend gebundene Ausgaben sind systematisch auf Notwendigkeit, Umfang und Kosten-Nutzen-Verhältnis zu überprüfen. Das konkrete Einsparpotenzial ist auszuweisen.
- Investitionen priorisieren: Das Investitionsprogramm 2027-2031 ist nach Dringlichkeit und Notwendigkeit zu priorisieren. Nicht zwingende oder zeitlich verschiebbare Investitionen sind aufzuzeigen und deren Verschiebung mit den finanziellen Auswirkungen darzustellen.
- Verbindlichen Plan zur finanziellen Stabilisierung vorlegen: Der Gemeinderat wird beauftragt, aufzuzeigen, mit welchen konkreten Massnahmen die geplanten Aufwandüberschüsse der Jahre 2028-2031 schrittweise reduziert und die Erfolgsrechnung mittelfristig wieder ins Gleichgewicht gebracht werden kann. Dabei sind die finanziellen Auswirkungen der einzelnen Massnahmen transparent auszuweisen.
- Die dem Budget zugrunde liegenden Ertragsannahmen zu überprüfen und transparent offenzulegen. Insbesondere sind die Annahmen zu den Steuererträgen natürlicher und juristischer Personen sowie zu einmaligen Einnahmen nachvollziehbar zu begründen und mit den Erfahrungswerten der vergangenen Jahre zu vergleichen.
- Aufzuzeigen, welche Einnahmen aus der gesetzlichen Mehrwertabschöpfung in den nächsten Jahren zu erwarten sind und wie diese in der Finanzplanung berücksichtigt wurden.
- Zu prüfen und auszuweisen, ob die demografische Entwicklung, insbesondere die steigende Anzahl pensionierter Einwohnerinnen und Einwohner, in den Steuerertragsprognosen angemessen berücksichtigt wurde.
- Darzulegen, welche finanziellen Auswirkungen die OECD-Mindestbesteuerung sowie damit zusammenhängende kantonale und eidgenössische Regelungen für die Gemeinde in den kommenden Jahren haben könnten.
- Für den Wislepark die finanziellen Auswirkungen vorzulegen. Dabei sind insbesondere folgende Punkte auszuweisen: Investitionskosten, Folgekosten für Infrastruktur, Betriebs- und Unterhaltskosten, weitere direkte oder indirekte finanzielle Auswirkungen auf die Gemeinderechnung.
- Zu prüfen, ob der Steueransatz der Liegenschaftssteuer um 0,1 Promille von 1,3 Promille auf 1,4 Promille erhöht werden kann.

Finanzplanung 2027 - 2031: Kenntnisnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 441	12.10.2026	4	2025/28-120	39892	21/0

Detailberatung

Zingg Stephan, Departementsvorsteher Finanzen: Auch hier möchte ich noch auf ein paar einzelne Punkte aufmerksam machen. Ihr habt die Unterlagen ebenfalls gesehen. Bei den Spezialfinanzierungen ein erfreuliches Ergebnis. Das hatte ich vorher noch nicht gesagt. Es resultiert ein Einnahmeüberschuss, der uns den Gesamthaushalt ein wenig besser darstellt. Die Finanzplanung basiert wie gewohnt auf den Empfehlungen der Kantonalen Planungsgruppe. Die grösseren Investitionsprojekte, die anstehen, seht ihr dort: Sanierung / Unterhalt Schulanlagen, wo wir relativ grosse Beträge haben in den Jahren 2028, 2029, 2030 und 2031. Ihr seht in der obersten Zeile die Gesamtbeträge. Dort haben wir eben, wie ich gesagt habe, versucht, ein bisschen zu glätten, denn sonst wäre der Betrag im 2029 noch höher. Beim Steuerertrag seht ihr die Kurve, die dort jetzt einen Knick hat aufgrund der Fakten, die wir zusammengetragen haben. Wir haben einen Zuwachs von 190 steuerpflichtigen Personen über die ganze Planperiode eingerechnet. Beim Ergebnis des allgemeinen Haushalts ist es so, dass der Bilanzüberschuss Ende 2031 noch ca. 2,5 Mio. Franken beträgt. Das, was wir schon mehr gehört haben, die Schuldengrenzen, ich will die Zahlen nicht in den Mund nehmen, die sind mir zu hoch. Ich möchte einfach nicht solche Zahlen erreichen, egal was und wie, es dann am Ende geht oder nicht. Aber so hoch möchte ich es eigentlich nicht kommen lassen, denn es braucht dann entsprechend etliche Jahre, bis man dann dort wieder etwas abbauen könnte. Bei der Wasserversorgung haben wir etliche Netzersatze drin, sei das Sonneggstrasse, Schlossstalden, Promenadenstrasse, Farbstrasse und Wydenstrasse. Wir haben rund 2,5 Mio. Franken vorgesehen. Wir haben dort einen Realisierungsgrad von 80% angenommen, der in den letzten Jahren recht gut war. In der Abwasserentsorgung haben wir rund 5 Mio. Franken Nettoinvestitionen, da habe ich auch schon bereits erwähnt, was dort der grosse Brocken ist. Wir haben ebenfalls 80% der Realisierung berücksichtigt, in der Abfallentsorgung haben wir einfach starke Schwankungen, die wir festgestellt haben, dort ist aber die Abteilung entsprechend daran, das Abfallreglement eventuell anzupassen oder eben auch zu optimieren. Die Strategie ist, diesen Investitionsstau abzubauen, das ist klar. Wir haben einen relativ hohen Betrag, den wir investieren dürfen. Und im Zusammenhang mit der Schuldengrenze, da habe ich mich schon geäussert, was ich dort erreichen will oder eben nicht erreichen will. Die reduzierte Investitionstätigkeit wird ganz sicher später kommen. Wir wissen, dass wir diverse Einflüsse haben, die halt unseren Steueraushalt beeinflussen. Wir haben nach wie vor die unveränderte Steueranlage von 1,7 Einheiten gerechnet, das ist ja schon erwähnt worden, dass wir da sicher an dem festhalten wollen, damit wir nach wie vor attraktiv bleiben.

Cetin Mayk, EVP: Es ist eine Kenntnisnahme, das ist mir bewusst, aber ich habe das Thema, glaube ich, auch an der Parteipräsidentenkonferenz erwähnt. Das Budget, haben wir vorhin gehört, war für uns zwar nachvollziehbar, aber die Jahre 2029 und 2030 vor allem, wo doch die magische Grenze von 5 Mio. Franken Investitionen teilweise sogar übersteigt, das ist die Zahl, die man immer so ein bisschen auch im Mittel angestrebt hat. Es entspricht nicht dem, was man in der Vergangenheit in den Botschaften gehabt hat, wo man gesagt hat, man will eigentlich auf einer Phase der reduzierten Investitionstätigkeit nach dem Wobo kommen, das sieht man hier nicht. Dann sehe ich es genau gleich wie du, Stephan. Ich glaube, wenn man dort ein bisschen reduziert investiert in den Folgejahren auch in den Jahren 2029 und 2030, dann sollte auch die Schuldengrenze nicht so angekratzt werden.

Burkhard Urs, Grüne: Die ganze Finanzplanung, Stephan hat es erläutert, ist einfach jetzt der Peak, nachher sollte es runtergehen. Aber irgendwann müssen wir dann schon wieder schauen, dass wir wieder in die Gänge kommen und dass man einfach auch die Absicht hat, einen verbindlichen, nachvollziehbaren Weg zurück zu gesunden Gemeindefinanzen findet. Und wir fordern eigentlich vom Gemeinderat, dem Parlament eine verbindliche Finanzstrategie vorzulegen, die soll konkrete Steuerungsziele, nachvollziehbare Szenarien zur Schuldenentwicklung, der Zinsbelastung, der Investitionen, dem Steuerertrag und zum Selbstfinanzierungsgrad beinhalten.

Spahr Daniela, Mitte/GLP: Wie wir den Finanzplan verstehen, wir brauchen einen grossen Teil unseres finanziellen Polsters auf und verschulden uns gleichzeitig deutlich stärker. Das kann in Zukunft ziemliche Probleme geben. Wir sehen es nicht ganz so temporär wie vielleicht andere. Wir sehen auch gewisse finanzielle Risiken und fordern darum genauso eine Finanzstrategie und wir möchten, dass drei Fragen beantwortet werden. Erstens: Wie sichern wir in der Gemeinde unseren finanziellen Handlungsspielraum für die Zukunft? Zweitens: Erwarten wir eine Antwort darauf, wie wir entscheiden, was Vorrang hat. So wie es halt geht. Drittens: Wie stellen wir sicher, dass wir unsere finanziellen Ziele auch erreichen? Es ist ja schön, die Zahlen zu sehen oder sie zu sehen und lieber nicht darüber reden zu wollen, aber wir möchten ja auch, dass wir sie dann im Idealfall erreichen oder, dass sie dann nicht noch höher werden. Das grösste Risiko für uns steht da südöstlich, weiter hin, das geht anderen sicher auch so. Es wäre schön, wenn man das in der Finanzstrategie berücksichtigen würde.

Marthaler Matthias, SP: Ich komme halt beim Finanzplan wieder auf das, was ich im Budget gesagt habe und was jetzt beide Vorredner auch noch einmal erwähnt haben. Das ist die Strategie zur Finanzplanung, wo man aufstellt und wie man dort rausgeht und das ist ein Steuerungselement, wo wir uns im Parlament auch daranhalten können und das wäre wichtig, dass wir das jetzt haben. Und auch das, ob das kurzfristig oder langfristig ist, ich glaube auch eher, dass es ein bisschen länger geht, bis wir wieder gesund dastehen, wenn überhaupt. Aber das müssen wir jetzt planen, dass wir nicht irgendwo hinlaufen. Dann kann ich nur eines sagen, was ich auch schon 100-mal gesagt habe. Der Finanzplan muss ernster genommen werden. Er ist ein wichtiges Steuergerät, er zeigt alles auf und wir müssen uns an den halten können. Das hat schlussendlich auch mit Vertrauen zu tun und das wünsche ich mir eigentlich. Daher finde ich die Fragen von Daniela sehr gut, danke.

Meister Stefan, SVP: Wir von der SVP-Fraktion sind der Meinung, dass dieser Finanzplan grundsätzlich überdenkt werden muss. Es müsste doch möglich sein, einen realistischen Finanzplan zu erstellen. Insbesondere, das haben wir jetzt schon ein paar Mal gehört, ist sicher auch auf unnötige Sanierungen in Zukunft zu verzichten, denn aktuell sind wir einfach nicht in der Lage, alles, was von irgendwo gewünscht wird, dann auch zu sanieren. Ich spreche hier auch von den geplanten Platzsanierungen, die aus unserer Sicht aktuell gerade gar keine Dringlichkeit haben. Wenn wir jetzt im Finanzplan die Fremdmittelentwicklung anschauen und dort im Jahr 2031 68 Mio. Franken haben, ist das für uns überhaupt nicht annehmbar. Es wurde früher immer ein bisschen über die Schuldengrenze von 40 Mio. Franken gesprochen, die ja nur ein Richtwert ist oder war. Der Finanzplan zeigt jetzt, dass wir Ende 2027 schon bei 48 Mio. Franken stehen, und das geht so nicht, und ganz sicher können dann hier nicht nochmals 20 Mio. Franken dazu kommen. Die geplanten Investitionen anerkennen wir selbstverständlich. Die Frage, die wir uns dazu aber stellen, ist ganz klar. Wann und wie viel wird investiert? Eine gute Planung, der Finanzplan ist ja scheinbar ein Planungsinstrument, kann ja beispielsweise auch über sechs oder acht Jahre erfolgen. Zum Schluss möchte auch ich noch kurz den Wislepark erwähnen. Den finden wir aktuell noch nirgends und dass uns dieser noch einmal ein paar Millionen kostet, ist uns allen klar.

Stucki Daniel, FDP: Zum Finanzplan möchte ich mich kurzhalten, das meiste habe ich bereits beim Budget dargelegt. Trotzdem ist es wichtig, die mittelfristige Entwicklung noch einmal separat anzusprechen. Ein Finanzplan ist keine verbindliche Prognose, das wissen wir alle. Dass sich die Rahmenbedingungen verändern können, wissen wir auch. Er zeigt uns aber, in welche Richtung sich unsere Gemeinde unter den heutigen Annahmen entwickelt. Genau diese Richtung bereitet uns Sorgen. Wenn wir davon ausgehen, dass wir auch in den kommenden Jahren mit erheblichen Defiziten rechnen müssen, gleichzeitig weiter investieren und die Verschuldung deutlich erhöhen, dann können wir diese Entwicklung nicht einfach zur Kenntnis nehmen. Für uns als FDP ist es deshalb entscheidend, dass der Finanzplan nicht einfach eine Fortschreibung der heutigen Situation bleibt. Er muss auch aufzeigen, wie wir die finanzielle Entwicklung aktiv verbessern können. Wir müssen uns frühzeitig fragen, welche Investitionen wirklich prioritär sind, wie sich die wiederkehrenden Ausgaben entwickeln und wo wir unsere Mittel effizient einsetzen können. Dabei geht es nicht darum, notwendige Investitionen grundsätzlich in Frage zu stellen. Es geht darum, sie so zu planen, dass unsere Gemeinde auch langfristig finanziell handlungsfähig bleibt. Ein Finanzplan darf nicht nur aufzeigen, was wir uns heute alles vornehmen. Er muss auch aufzeigen, wie wir uns das morgen leisten können. Wir erwarten deshalb vom

Gemeinderat, dass er die Finanzplanung als Auftrag versteht, konkrete Verbesserungsmassnahmen zu erarbeiten und die strukturellen Defizite schrittweise zu reduzieren. Weil finanzielle Verantwortung bedeutet, nicht erst dann zu reagieren, wenn der Handlungsspielraum weg ist, sondern rechtzeitig Prioritäten zu setzen.

Beschluss:

1. Die Finanzplanung 2027 - 2031, basierend auf einer Steueranlage von 1,70 Einheiten auf Einkommen und Vermögen und den ihnen gleichgestellten Steuerobjekten sowie einer Liegenschaftssteuer von 1,3 Promille der amtlichen Werte der Liegenschaften, wird zur Kenntnis genommen
2. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

"Zoneneinteilung des öffentlichen Verkehrs auf dem Gemeindegebiet Worb", einfache Anfrage der FDP-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 441	12.10.2026	5	2025/28-121	40861	31/40

Feststellung:
Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur einfachen Anfrage der FDP-Fraktion mit dem Titel "Zoneneinteilung des öffentlichen Verkehrs auf dem Gemeindegebiet Worb" wird Kenntnis genommen.

Andy Marchand
Präsident

Jürg Bigler
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 9. November 2026

Jürg Bigler
Sekretär